

## Haselbeck, Sebastian

---

**Von:** Schüßler, Jana  
**Gesendet:** Montag, 21. August 2017 16:26  
**An:** RegO1  
**Betreff:** WG: Frist: Veröffentlichung von Gesetzentwürfen und  
Verbändestellungnahmen aus der 18. Legislaturperiode (Enthält Fristen!)  
**Anlagen:** Liste Beteiligungen\_SP6.xlsx

zvg

---

Im Auftrag  
Jana Schüssler  
Bundesministerium des Innern  
Sachbearbeiterin im Referat O1  
Grundsatzangelegenheiten; Ausschuss für Organisationsfragen;  
Modernisierungsprogramme; Int. Zusammenarbeit in Verwaltungsfragen  
Alt-Moabit 140, 10557 Berlin  
Tel.: 030 18681-11919  
E-Mail: [O1@bmi.bund.de](mailto:O1@bmi.bund.de)  
E-Mail (persönlich): [Jana.Schuessler@bmi.bund.de](mailto:Jana.Schuessler@bmi.bund.de)

---

**Von:** Vogel, Kristin  
**Gesendet:** Donnerstag, 17. August 2017 14:44  
**An:** Schüßler, Jana  
**Betreff:** WG: Frist: Veröffentlichung von Gesetzentwürfen und Verbändestellungnahmen aus der 18.  
Legislaturperiode (Enthält Fristen!)

---

**Von:** SP6\_  
**Gesendet:** Donnerstag, 17. August 2017 14:42  
**An:** O1\_  
**Cc:** SP6\_; SP1\_  
**Betreff:** WG: Frist: Veröffentlichung von Gesetzentwürfen und Verbändestellungnahmen aus der 18.  
Legislaturperiode (Enthält Fristen!)

SP 6 – 12200/1#5

Anbei übersende ich die in Bezug auf das Zweite Dopingopfer Hilfefgesetz ergänzte Tabelle. Es wird darauf hingewiesen, dass die Tabelle im Sinne der Anfrage derart ausgefüllt wurde, dass alle Verbände, die zur Stellungnahme aufgefordert worden waren, mit aufgenommen worden sind. Tatsächlich haben nur der *Deutsche Olympische Sportbund* sowie die *Nationale Anti Doping Agentur Deutschland* eine Stellungnahme abgegeben.

Die Verbandsabfrage für das Anti-Doping-Gesetz ist durch das BMJV übernommen worden.

Für den Teamraum melde ich mich als Ansprechperson.

Mit freundlichen Grüßen,  
Ulrike Baas  
Referat SP 6  
HR: 10479

---

**Von:** O1\_

**Gesendet:** Montag, 7. August 2017 15:51

**An:** ALZ\_; ALD\_; ALSP\_; ALV\_; ALIT\_; ALOeS\_; ALB\_; ALKM\_; ALM\_; ALE\_; StabGZ\_

**Cc:** ALO\_; SVALO\_; O1\_; RegO1; Jost, Tanja; Rosche, Carsten

**Betreff:** Veröffentlichung von Gesetzentwürfen und Verbändestellungnahmen aus der 18. Legislaturperiode (Enthält Fristen!)

O1-15016/1#34

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

in der St-Runde vom 10. Juli 2017 wurde vereinbart, dass die Bundesministerien Referentenentwürfe zu Gesetzgebungsverfahren sowie die aufgrund der Verbändebeteiligung nach § 47 Absatz 3 GGO eingegangenen Stellungnahmen aus der laufenden 18. Wahlperiode im Internet veröffentlichen. Alle Bundesministerien haben sich zur Veröffentlichung dieser Dokumente verpflichtet. Dazu ist ein ressortübergreifend einheitliches Verfahren anzuwenden. Dieses sieht vor, dass zunächst die Verbände über die geplante Veröffentlichung informiert werden und diesen die Möglichkeit gegeben wird, personenbezogene Daten in den Stellungnahmen zu schwärzen oder der Veröffentlichung zu widersprechen. Anschließend werden die Dokumente sukzessive im Internet des BMI veröffentlicht.

Das Referat O 1 koordiniert die Umsetzung im Hause. Es soll wie folgt verfahren werden:

**A. Beteiligung der Verbände**

1. Alle Abteilungen melden, gesammelt für ihre OEs, **alle** in ihrem Zuständigkeitsbereich in der 18. Legislaturperiode nach § 47 Absatz 3 GGO an Gesetzgebungsverfahren beteiligten Verbände und Fachkreise an das Referat O 1. Dazu ist die beigelegte Excel-Tabelle („Liste Beteiligungen.xlsx“) zu nutzen. Als Hilfestellung ist der Tabelle eine Übersicht der Gesetzgebungsverfahren des BMI aus der 18. Legislaturperiode beigelegt. Diese Liste erhebt nicht den Anspruch auf Vollständigkeit und ist von den zuständigen OEs bei Bedarf zu ergänzen.
2. Referat O 1 informiert die von den Abteilungen gemeldeten Verbände und Fachkreise gesammelt per E-Mail. Hierzu wird ein ressortübergreifend abgestimmtes Musterschreiben verwendet, um die Einheitlichkeit des Handelns der Bundesregierung sicherzustellen.
3. Gegebenenfalls eingehende Rückmeldungen der Verbände und Fachkreise werden durch Referat O 1 an die zuständigen OEs weitergeleitet. Um eine korrekte Zuordnung zu ermöglichen, ist es erforderlich, in die Excel-Tabelle die meldende OE und das jeweilige Gesetzgebungsverfahren einzutragen.

**B. Vorbereitung der zu veröffentlichenden Dokumente**

1. Zu jedem Gesetzgebungsverfahren sind der jeweilige Referentenentwurf, auf dessen Basis die Beteiligung nach § 47 Absatz 3 GGO durchgeführt wurde, sowie die dazu eingegangenen Stellungnahmen zu veröffentlichen. Sofern bei einem Gesetzgebungsverfahren kein Beteiligungsverfahren durchgeführt wurde, ist nur der ressortabgestimmte Referentenentwurf zu veröffentlichen.
2. Alle Dokumente sollen im Format PDF veröffentlicht werden. Liegt ein Dokument nur in einem anderen Format vor, ist ein PDF zu erzeugen. Sofern von Verbänden oder Fachkreisen Schwärzungen vorgenommen werden (siehe Punkt A.2. und A.3.), sind ausschließlich diese geänderten Stellungnahmen zu verwenden.
3. Um eine einheitliche Veröffentlichung im Internet zu erreichen, hat das Referat Presse eine Vorlage (sog. Copybook) erstellt, in der zusätzliche Informationen einzutragen sind. Die Vorlage ist im Format MS Word beigelegt („BMI Copybook Gesetzgebungsverfahren.docx“). Pro Gesetzgebungsverfahren ist eine Vorlage auszufüllen!

**C. Übergabe der zu veröffentlichenden Dokumente an das Referat Presse/Internetredaktion**

1. Pro Gesetzgebungsverfahren ist ein mit dem Kurztitel des Gesetzes benannter Ordner anzulegen, in dem die zugehörigen Dokumente (Referentenentwurf, ggf. Stellungnahmen der Verbände und das Copybook)

gesammelt werden. Da die Dokumente abteilungsweise übermittelt werden (siehe Punkt 3), wird hierfür das „Abteilungslaufwerk“ empfohlen.

2. Die zu veröffentlichenden Dateien werden gem. den Vorgaben des Referats Presse benannt (siehe MS-Word Vorlage „BMI Copybook Gesetzgebungsverfahren.docx“).
3. Die Übermittlung der Dokumente an das Referat Presse wird mittels eines dafür von Z II 1 eingerichteten „Teamraums“ erfolgen. Pro (Unter-)Abteilung ist daher eine Ansprechperson zu benennen, die Zugriff auf den Teamraum erhält und die Dokumente der Gesetzgebungsvorhaben der Abteilung in den Teamraum einstellt. Da die Einstellung im Internet möglichst zeitnah erfolgen soll, soll mit der Überspielung der Dateien in den Teamraum NICHT gewartet werden, bis alle Gesetzgebungsvorhaben einer Abteilung vorliegen. Die Übermittlung soll immer dann erfolgen, wenn alle erforderlichen Dokumente zu einem Gesetzgebungsverfahren gesammelt und vorbereitet wurden. Die benannten Ansprechpartner erhalten zu gegebener Zeit weitere Informationen zum Verfahren.

#### **Was ist nun zu tun?**

1. **Abteilungsweite Erfassung der beteiligten Verbände und Übersendung der Excel-Tabelle an O 1 bis zum 11.08.2017 (DS)**
2. **Meldung der Ansprechperson für den Teamraum an O1 ebenfalls bis zum 11.08.2017 (DS)**
3. **Vorbereiten der Dokumente (Sammeln, Benennung, Ausfüllen des Copybooks)**

Vor der Übermittlung der Dokumente ist grundsätzlich die den Verbänden gesetzte Frist zum Widerspruch abzuwarten. O 1 wird zum gegebenen Zeitpunkt alle Abteilungen über den Ablauf der Frist informieren. Die Vorbereitung der Dokumente kann jedoch bereits parallel erfolgen. Gesetzentwürfe, zu denen keine Verbändebeteiligung erfolgte, können bereits vor Ablauf der Verbändefrist über den Teamraum übermittelt werden.

#### **Arbeitshilfen:**

1. Im März 2017 erfolgte eine hausweite Abfrage von bei Gesetzgebungsverfahren beteiligten Verbänden aufgrund eines IFG-Antrags. Für die Liste notwendige Informationen liegen daher ggf. bereits gesammelt bei den IFG-Beauftragten der Abteilungen/Stäbe vor.
2. In der beigegefügteten Datei „Übersicht GE BMI.docx“, die auf einer Liste des Stab PLG beruht, sind durch die Fachreferate zugeliesserte Kurzbeschreibungen der Gesetzgebungsvorhaben enthalten. Diese können – nach erneuter Prüfung durch das Fachreferat – als Grundlage für den im Copybook anzugebenden Haupttext genutzt werden. Das Referat Presse bittet darum, die Texte bürgerfreundlich und verständlich abzufassen.

Durch die zeitnahe Veröffentlichung der Gesetzentwürfe und entsprechenden Verbändestellungnahmen sollen weitere Belastungen der Fachbereiche durch eine Vielzahl von IFG-Anträgen vermieden werden. An dieser Stelle möchten wir den betroffenen Fachbereichen schon jetzt für die Unterstützung des Vorhabens danken.

@RegO1: Bitte zum Vorgang nehmen

Mit freundlichen Grüßen

---

Im Auftrag

Jana Schüssler

Bundesministerium des Innern

Sachbearbeiterin im Referat O1

Grundsatzangelegenheiten; Ausschuss für Organisationsfragen;

Modernisierungsprogramme; Int. Zusammenarbeit in Verwaltungsfragen

Alt-Moabit 140, 10557 Berlin

Tel.: 030 18681-11919

E-Mail: [O1@bmi.bund.de](mailto:O1@bmi.bund.de)

E-Mail (persönlich): [Jana.Schuessler@bmi.bund.de](mailto:Jana.Schuessler@bmi.bund.de)

